

Calmer Tagblatt

Nr. 262.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang

Veröffentlichungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 20 Hg. Resten 2.— M. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. u.

Dienstag, den 9. November 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Tragelohn M. 12.50 vierteljährlich. Postbezugspreis M. 12.50 mit Postgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 6 Uhr vormittags.

Die Entente u. die Wiedergutmachung Das erwartete englisch-französische Kompromiß bezüglich der Ausbeutung Deutschlands.

London, 9. Nov. Das zwischen der englischen und der französischen Regierung in der Frage der Festsetzung der deutschen Entschädigung erreichte Einvernehmen wird hier als ein etwas verspäteter Schritt vorwärts auf einem schwierigen und langen Wege bezeichnet. Durch das Einvernehmen werde der Wunsch Frankreichs, daß die Entschädigungssumme durch den Wiedergutmachungsausschuß festgesetzt werde, erfüllt. Ebenso sei aber darin dem englischen Wunsch Rechnung getragen, daß die Summe erst festgesetzt werden solle, wenn die Frage von Deutschlands Zahlungsfähigkeit ausdrücklich geprüft worden sei und ein Bericht darüber vorliege und daß in diesem Stadium Deutschland ausgiebig und direkt zu Rate gezogen werden soll. Man glaubt unter diesen Umständen, daß es sehr schnell gelingen wird, die tatsächliche Höhe der Summe festzusetzen. Die Blätter verhehlen nicht, daß die ganze Frage schon vor Monaten hätte geregelt werden können, wenn Frankreich sich nicht von den in Spa gefassten Beschlüssen zurückgezogen hätte. Sie trösteten sich aber bis zu einem gewissen Grade mit der Hoffnung, daß die durch diese Verzögerung gewonnenen Erfahrungen bezüglich Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu einer vernünftigeren und gerechteren Entscheidung der alliierten Regierungen Gelegenheit geben könnten.

Eine offizielle Erklärung Frankreichs.

Paris, 8. Nov. Der „Temps“ schreibt in einer Betrachtung über die noch zur Erledigung der Wiedergutmachungsfrage geplanten Verbesserungsverfahren: Eine Frage müsse ins hellste Licht gerückt werden, die besonders Deutschland interessiere. Bei dem Verfahren, das vorgesehen sei, handele es sich nicht nur darum, die deutsche Schuld festzusetzen. Man müsse auch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß der Wiedergutmachungsausschuß den Alliierten einen Bericht über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands liefern müsse. Die öffentliche Meinung in Deutschland müsse sich davon überzeugen, daß Frankreich als ein humaner (?) und intelligenter Gläubiger die Zahlungsfähigkeit seines Schuldners berücksichtigen will. Die deutsche Regierung, so glaubt der „Temps“, dürste gut beraten sein, wenn sie schon jetzt ein wirtschaftliches und finanzielles Wiederaufbauprogramm Deutschlands vorbereite, um den Alliierten die Grundlage für eine positive Arbeit zu liefern.

Frankreichs Politik.

Paris, 8. Nov. Der Ministerpräsident äußerte sich einem Vertreter des „Petit Parisien“ gegenüber über das Programm der Regierung und über die Arbeiten, mit denen sich das heute zusammentretende Parlament zu beschäftigen habe. Er führte aus: Frankreich habe den Übergang vom Krieg zum Frieden im allgemeinen gut überstanden. Nun müsse aufgebaut und erneuert werden. Das Reformprogramm des Parlaments sei groß. Vor allem müßten die Finanzen geregelt, die Kampfzone wieder aufgebaut und die Eisenbahnen auf neuer Grundlage organisiert werden. Als weitere Aufgaben bezeichnete er das Gesetz über die Verminderung der Dienstzeit, sowie ein Gesetz über erzieherische und soziale Fragen. Er erklärte sich weiter zur baldigen Wiederaufnahme der Beziehungen zum Vatikan bereit. Frankreichs Politik gegenüber Deutschland habe der deutsche Botschafter dahin gekennzeichnet, daß die französische Regierung alle Fragen zwischen Frankreich und Deutschland in friedlichem Geiste lösen wolle. Der Völkerverbund sei eine schöne Einrichtung, die eine große Macht werden könne. — Das religionslose Frankreich will doch nur Beziehungen zum Vatikan anknüpfen, um seine Rentrümmungspläne gegenüber Deutschland unbemerkt durchführen zu können.

Das französische Sozialistenblatt zur Wiedergutmachungsfrage.

(W.B.) Paris, 8. Nov. „Humanité“ schreibt zur Wiedergutmachungsfrage, es handle sich jetzt darum, zu wissen, ob man den Versailler Vertrag revidiere. Diese Revision, die England und auch Italien anempfehlen, sei unvermeidlich; denn der Pakt sei gegen jede Ausführungsmöglichkeit abgefaßt worden und nehme sich genau so aus, als ob seine Urheber das allgemeine Elend noch hätten verschärfen wollen. Nur die französische Regierung bleibe intransigent und hülle sich noch in eine phrasenhafte Ohnmacht.

Die internationale Gewerkschaftskommission gegen die Besetzung des Ruhrgebiets.

Paris, 9. Nov. Im Nationalrat des allgemeinen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) erklärte gestern, laut „Matin“, der aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrte Gewerkschaftsführer Souhaig, die

Delegation habe feststellen können, daß die in Spa übernommene Verpflichtung, die Ernährung der Bergarbeiter zu verbessern, nicht gehalten worden sei. Die Delegation der gewerkschaftlichen Internationale vertrete die Ansicht, daß die eventuelle Besetzung des Ruhrgebiets durch die Truppen der Entente durch nichts gerechtfertigt wäre.

Zur Forderung der Milchkuhe.

Berlin, 8. Nov. Im Hauptausschuß des Reichstags erklärte auf eine Anfrage Helfferich (D.N.) Ministerialdirektor v. Simon: Was die Milchkuhe angeht, so muß betont werden, daß die Ziffer 810 000 die Endsumme der in die vorläufigen Listen der Entente aufgenommenen Kühe bedeutet. Eine amtliche Mitteilung darüber, daß auf der Lieferung dieser 810 000 Milchkuhe unter allen Umständen bestanden werden soll, liegt bisher nicht vor. Ebenso wie über die anderen in den Listen verzeichneten Gegenstände würden Verhandlungen noch erforderlich sein. Von deutscher Seite könne immer wieder nur hervorgehoben werden, daß es eine ungeheure Härte bedeuten würde, wenn bei der gegenwärtigen Lage der Milch- und Fettversorgung diese Forderung aufrecht erhalten bleibe.

Zur äußeren Lage.

Die österreichische Heeresmacht bewilligt.

(W.B.) Wien, 9. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Die gestern überreichte Note der höchsten Interalliierten Instanz billigt grundsätzlich die gemäß Friedensvertrag von St. Germain erfolgte Aufstellung und Organisation der Heeresmacht und fordert nur einzelne Änderungen.

* Wien, 9. Nov. Wie die „Pol. Korresp.“ erfährt, hat die Botschafterkonferenz Venedig 4 Patrouillenboote der ehemals österreich-ungarischen Donauschlotten (eins zu 60 und drei zu je 120 T.) zuerkannt.

Polen und die „Kleine Entente.“

(W.B.) London, 8. Nov. Die „Morningpost“ meldet aus Warschau, die polnische Regierung habe Tade Jozescu mitgeteilt, Polen werde der Kleinen Entente nicht beitreten.

Rein Schutzvertrag Amerikas mit der Entente.

(W.B.) London, 8. Nov. Einer Washingtoner Meldung der „Morningpost“ zufolge soll die Tatsache feststehen, daß die Vereinigten Staaten den englisch-französisch-amerikanischen Schutzvertrag nicht ratifizieren. — Das ist natürlich nur eine Versicherung des in Wirklichkeit sicherlich auch unter Harding fortbestehenden heimlichen Bündnisses, das nicht nur die europäischen, sondern auch die asiatischen Verhältnisse betrifft.)

Die englisch-französischen Reibereien im Orient.

(W.B.) Paris, 9. Nov. General Franchet d'Esperey ist von seinem Kommando als Befehlshaber der alliierten Armeen im Orient entbunden worden. Das Kommando wird von einem englischen General übernommen.

Sommer noch die Frage der englisch-russischen Handelsbeziehungen.

* London, 9. Nov. (Havas.) Die Times will wissen, daß die endgültigen Bestimmungen über die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland in einigen Tagen aufgestellt werden sollen.

Der sibirische Gegenrevolutionär in bolschewistischer Gefangenschaft.

* Frankfurt a. M., 8. Nov. Die „Trif. Ztg.“ meldet aus Stockholm: Sowjetblättern zufolge ist General Semenov nach seiner Flucht aus Tschita den bolschewistischen Truppen in die Hände gefallen. Er dürste das Schicksal Koltshats teilen.

Polnischer Fliegerangriff auf Rowno.

(W.B.) Kopenhagen, 8. Nov. Polnische Flieger griffen gestern wieder Rowno mit Bomben an, wobei zwei Männer schwer verletzt wurden. Auch diesmal kamen die Flieger aus Wilna. Die Bevölkerung fürchtet einen großen Fliegerangriff auf Rowno.

Ausland.

Billige tschechische Ausreden wegen der Schließung deutscher Schulen.

Prag, 6. Nov. Nach einer Meldung des „Tschchoslow. Pressebur.“ suchte im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses Minister Dr. Sustla die Behandlung des deutschen Schulwesens durch die Regierung dadurch zu erklären, daß er das Schicksal der tschechischen Minderheitsschulen auf deutschem Gebiet einen Leidensweg nannte, der zu einem Mißverhältnis zwischen deutschem und tschechischem Schulwesen geführt habe. Zum Aus-

gleich hätten daher einige deutsche Schulen aufgehoben oder eingeschränkt werden müssen.

Der irische Freiheitskampf.

London-Berry, 8. Nov. Hier wurden in der Nacht zum Sonntag 5 Polizisten erschossen oder verwundet. Hierauf wurden mehrere Sinn-Feinern gehörige Häuser in Brand gesteckt. Die Brandstifter feuerten auf die Wasserpumpen. Das Bomben- und Revolverfeuer dauerte die ganze Nacht. — Die Sinn-Feiner haben die unbefestete Küstenstation Torrehead eingeschert. Es wird berichtet, daß bei dem Zusammenstoß mit Polizisten und Militär in der Nähe von Tralee 7 Sinn-Feiner getötet worden sind.

(W.B.) London, 8. Nov. „Daily Chronicle“ veröffentlicht das Faksimile eines von den Sinn-Feinern in Cork verbreiteten Zirkulars, das zur Stiefung von Geldern auffordert, die die Erhaltung der irischen republikanischen Armee und die Fortsetzung ihres Kampfes ermöglichen sollen.

Die Provinzialwahlen in Italien.

(W.B.) Mailand, 8. Nov. Aus den bis heute mittag bekannt gewordenen Ergebnissen über die Gemeindevahlen geht hervor, daß die Sozialisten 79 000 und für den Block der verfassungsmäßigen Parteien 69 000 Stimmen abgegeben wurden. Heute morgen proklamierten die Sozialisten nach Bekanntwerden des Wahlsiegs zum Zeichen der Freude den Generalstreik (!) Die Straßenbahnen verkehren nicht. Demgegenüber bestätigen die letzten Meldungen aus Genua, Florenz, Neapel und andern weniger bedeutenden Städten, daß dort die liberalen Parteien den Sieg errungen haben. In Neapel erlitten die Sozialisten eine schwere Niederlage. Der „Secolo“ meldet, daß die bürgerlichen Parteien bei den Wahlen zum Provinzialrat den Sieg erlangt haben. Von 8 Wahlkreisen der Provinz Mailand verzeichnen 6 einen Sieg der Verfassungsparteien. Während die Stadt Mailand einen sozialistischen Gemeinderat haben wird, wird sich der Provinzialrat von Mailand aus bürgerlichen Vertretern zusammensetzen.

Deutschland.

Unsere Postflugzeuge freigegeben.

* Wien, 8. Nov. Wie die Korresp. Wilhelm meldet, haben die von der Entente zurückgehaltenen deutschen Postflugzeuge gestern die Erlaubnis erhalten, ihren Rückflug anzutreten. Der Abflug der deutschen Postflugzeuge erfolgt heute Dienstag 12 Uhr.

Vor dem Ende des Berliner Elektrizitätsarbeiterstreiks.

* Berlin, 8. Nov. Bei den Verhandlungen mit den Elektrizitätsarbeitern wurden den Arbeitern Zugeständnisse gemacht. Die Differenzen waren deshalb entstanden, weil man den Elektrizitätsarbeitern zwar die Stundenzulage von 50 % für die Tagarbeit bewilligen, ihnen aber den Zuschlag von 60 % für die Nachtarbeit abziehen wollte. Inzwischen hat die Stadt nachgegeben und die Zulage für die Tag- und Nachtarbeit bewilligt. In einer Versammlung der Betriebsräte und der Vertrauensleute sollen heute diese Zugeständnisse bekanntgegeben und die Wiederaufnahme der Arbeit vorgeschlagen werden. Man rechnet damit, daß die Elektrizitätsarbeiter nach Annahme der Vereinbarungen mit dem Magistrat die Arbeit noch heute nacht aufnehmen.

(W.B.) Berlin, 8. Nov. Die Funktionäre und Vertrauensleute des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die etwa 40 000 städtische Arbeiter vertreten, haben heute nachmittags nach stundenlangen Verhandlungen für 12 699 Arbeiter gegen den Streik und für 14 289 Arbeiter für den Streik gestimmt. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist also nicht erreicht worden. 2000 Angestellte der Krankenhäuser stimmten zwar gegen den Schiedspruch, aber auch gegen den Streik.

(W.B.) Berlin, 8. Nov. Der Minister des Innern, Severing, hat gegenüber einem Vertreter der „B. Z.“ u. a. geäußert: Die Regierung zieht aus den Berliner Vorgängen (Elektrizitätsstreik) die Lehre, daß sie Maßnahmen ergreifen wird, die geeignet sein werden, künftighin das wirtschaftliche Leben der Städte, in denen doch hauptsächlich die städt. Arbeiterschaft sitzt, vor der Gewalttat und der Willkür undisziplinierter Gruppen zu schützen.

Revolutionsfeier in Berlin.

* Berlin, 9. Nov. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat beschlossen, daß der 9. November — der Jahrestag der Revolution — durch Arbeitsruhe gefeiert werden soll. Die Berliner Zeitungen dürften infolgedessen heute abend und morgen früh nicht erscheinen.

Die Reichsregierung und die Parteien.

* Die Bezirksgruppe Calw der Deutschen Volkspartei hielt am Sonntag nachmittag im Saal der Brauerei Dreiß eine öffentliche Versammlung ab, in der der Reichstagsabgeordnete Dr. Pieper über „Die Regierung und die Parteien“ sprach. Der Vorstand der hiesigen Ortsgruppe, Gewerbeschulrat Lüdinger, begrüßte die Teilnehmer, und wies darauf hin, daß die Deutsche Volkspartei ohne Organisation in Württemberg bei den Suniwwahlen doch 43 000 Stimmen in Württemberg erhalten habe, im Calwer Bezirk 1824 Stimmen zur Landtagwahl und 2324 Stimmen in den Reichstag. Im Reich habe die Partei einen durchschlagenden Erfolg gehabt, sodaß sie sich jetzt wohl mit der Rechten messen könne. Das gäbe Mut zur Schaffung einer nationalen Einheitsfront, wie sie sich die Partei zur Aufgabe gemacht habe. Mit ihrem sozial, liberal und national gerichteten Programm könne die Partei als geeignete Vermittlerin im Sinne der Annäherung der Parteien zum Zwecke der nationalen Einheitsfront wirken.

Der Referent Dr. Pieper, der 6 Jahre in Stuttgart anständig gewesen ist, knüpfte an die politischen Verhältnisse in Württemberg in der Vorkriegszeit an, die unser Land zu dem fortschrittensten nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt gemacht hätten durch die freiheitlich gerichtete Politik in Verbindung mit der Autorität einer sachlich gerichteten Regierung. Eine solche Politik und Regierung hätten wir jetzt wieder nötig. Es müßte versucht werden eine Brücke zu schlagen von Mensch zu Mensch. Die Vergangenheit lehre nicht wieder, und so müßten wir uns zur Schaffung einer neuen Zukunft rüsten, und zwar wolle das seine Partei mitzuerreichen versuchen auf dem Boden der geschaffenen Verhältnisse. Die Revolution habe die jetzige Ordnung geschaffen, nunmehr müsse aber auch die Revolution ein für allemal zu Ende sein. Ob sie tatsächlich zu Ende sei, könne man im Hinblick auf die Neuerungen am Parteitage der Unabhängigen und die Machenschaften der Kommunisten nicht wissen. Es sei nicht unmöglich, daß der dem Tode geweihte Bolschewismus seine Gnadenfrist noch durch den Versuch der erneuten Revolutionierung Deutschlands verlängern wolle. Da heiße es auf der Hut sein, und das sei auch der zwingendste Grund der Volkspartei gewesen, in die Regierung einzutreten, wodurch es gelungen sei, zum ersten Mal nach der Revolution eine rein bürgerliche Regierung zu erhalten. Die Haltung der Mehrheitssozialisten sei bezüglich der Frage der Aufrechterhaltung der Ordnung nur zu fragwürdig; habe doch der alte Bernstein in Kassel gesagt, wenn eine Diktatur des Proletariats kommen sollte, so würden ihr die Mehrheitssozialisten nicht in die Arme fallen. Demgegenüber müsse betont werden, daß der Verbrecher und derjenige, der ihn an der Tat nicht hindere, gleich schuldig seien. Dabei müßten die Führer der Mehrheitssozialisten beachten, daß sie im Falle einer Herrschaft der Kommunisten die ersten wären, die über die Klinge springen müßten. Aus dem latenten Zustand der Revolution müsse man jetzt endlich herauskommen, und das könne nur geschehen, wenn alle Parteien sich auf der Grundlage des nationalen Gedankens einigen.

Der Redner zeigte sodann an der Haltung der Siegerstaaten, wie nationale Politik getrieben werden müsse. Das sei der richtige Parlamentarismus, der im entscheidenden Augenblick sich selbst zu beschneiden vermöge, um einem geeigneten Führer allein die Leitung zu überlassen, wie es die Staatsverfassung in Amerika vorsehe, durch die Wilson eine größere Macht erhalten habe als je ein Selbstherrscher, oder wie Clemenceau als Diktator in Frankreich gebercht habe. Eines der größten Probleme sei für uns der Friedensvertrag von Versailles, den wir nicht erfüllen können, und dessen Unerfüllbarkeit wir als ehrliches Volk — das wir trotz aller Korruption immer noch seien — uns nun durch die Tat zu beweisen abmühen. Es sei jedoch zu beachten, daß unser Wirtschaftskörper schließlich bei allzugroßem Blutentzug an Mutterleere zugrunde geben könne, und die Entente könne es nicht verlangen, daß wir uns jedes Glied einzeln abhauen, um letzten Endes doch zu verbluten. Das Gebot unserer Feinde könne uns daher nicht so hoch stehen, daß wir die Unmöglichkeit der Erfüllung übersehen. Es sei natürlich schwer, gegen die Rücksichtslosigkeit unserer Feinde aufzukommen, und wenn man gesagt habe, unser Außenminister habe nicht genügend nationale Würde aufgebracht, so sollte man in solchen Urteilen vorsichtiger sein, denn nach der persönlichen Auffassung des Referenten sei Dr. Simons zwar kein gewiegter Volksredner, der das Volk mitzureißen vermöge, aber doch ein Staatsmann, der unter Abwägung aller inneren und äußeren Faktoren das Reichsschiff so durchzusteuern versuche, wie es unter den gegebenen Umständen überhaupt wohl möglich sei. Man habe gesagt, die Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich werde doch kommen, und wenn wir noch so viel Kohlen liefern. Es sei aber doch wohl besser, wenn wir diesen Gewaltakt auf den denkbar letzten Augenblick zurückschrauben. Frankreich dränge auf die Besetzung des Ruhrgebiets. Es wolle aber auch das linke und rechte Rheinufergebiet als großes Wirtschaftsgebiet beherrschen, um die wirtschaftliche Vormacht auf dem Kontinent zu erhalten. Dabei stoße es auf den Widerstand Englands; es wäre gut, wenn wir aus dieser Konkurrenz unsern Vorteil ziehen könnten, aber England habe auch kein Interesse, Deutschland wirtschaftlich zu konsolidieren. Der Tiefstand unserer Valuta werde deshalb erhalten, um langsam unsere Produktionsmittel in englische und fremde Hände überzuleiten. Die Entente stehe so im Begriff, ein Slavenvolk aus uns zu machen. Ueber unsere derzeitigen wirtschaftlichen Kräfte bestehe ebenfalls eine falsche Vorstellung. Wir stehen und fallen mit der Montan- und Eisenindustrie. Wenn derzeit die Aktien dort so hoch stehen, so sei das im Verhältnis zum Geldstand jenseits unserer Grenzen höchstens eine Verzinsung des Kapitals von 2½ Prozent, und das fremde Kapital könne unsere Aktien immer noch um 30 bis 40 Prozent des Nennwerts laufen. Unsere Existenz sei von der Kohlenförderung ab-

Antliche Bekanntmachungen.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gehöfte des Jakob Keppeler in Liebselsberg. Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182—192 der MinVerfügung hierzu vom 11. Juli 1912 (RegBl. S. 317 ff.) ergehen folgende Anordnungen:

- A. Sperrbezirk: das verseuchte Gehöft sowie das Gehöft der Kathrine Luz und der Farrenstall.
- B. Beobachtungsbzirk: den übrigen Teil der Gemeinde Liebselsberg und der Gemeinde Neululach.
- C. In den Umkreis von 15 Kilometer um den Seuchenort werden einbezogen die übrigen Gemeinden des Oberamtsbezirks und folgende Gemeinden der Nachbaroberämter:
 1. im Oberamt Nagold wie bei d. Seuchenfall in Albulach;
 2. im Oberamt Herrenberg desgl.;
 3. im Oberamt Böblingen desgl.;
 4. im Oberamt Leonberg desgl.;
 5. im Oberamt Neuenbürg desgl.;
 6. Bezirksamt Pforzheim desgl.

Für den Seuchenausbruch gelten die bereits früher bekannt gemachten Maßregeln anlässlich des Ausbruches der Seuche in Albulach.

Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, die für ihre Gemeindebezirke zutreffenden Maßregeln in ortsüblicher Weise bekannt machen und die Einhaltung streng überwachen zu lassen. An den Haupteingängen des Sperrbezirks und des Beobachtungsbzirks sind Tafeln mit der durch § 185 Abs. 2 bezw. § 189 Abs. 2 vorgeschriebenen Aufschrift leicht sichtbar anzubringen.

Oberamt:
G. S.

Calw, den 6. November 1920.

hängig. Wenn es uns nicht gelinge, die Kohlenförderung so zu steigern, daß wir unsere Industrie — neben den Kohlenlieferungen an die Entente — mehr als bisher beliefern können, dann sei es mit Deutschland zu Ende. Deshalb gehöre die oberste Pflicht der Frage zur Zeit zu den wichtigsten inner- und außenpolitischen Fragen, und es dürfe kein Mittel unversucht gelassen werden, — es sei denn, daß die Einheit des Reichs dadurch Gefahr laufe, in Trümmer zu gehen — uns Oberschlesien zu erhalten. Nach der Abstimmung solle Oberschlesien entscheiden, ob es bei Preußen bleiben, oder ob es bundesstaatliche Autonomie annehmen wolle. Diese Frage berge aber eine große Gefahr in sich, denn dadurch würden alle die Bestrebungen begünstigt, die eine Auflösung Preußens in seine historischen, wirtschaftlichen und völkischen Bestandteile verfolgen. Der preussische Staat habe zwei Feinde, einmal im Lager der Merkmalen, und dann in den Sozialisten. Noch hätten wir aber keinen Ersatz für Preußen, das in den letzten Jahrhunderten den deutschvölkischen Gedanken hochgehalten und zum Siege geführt habe.

Der Redner wandte sich sodann dem Problem der Sozialisierung des Kohlenbergbaus zu. Wenn selbst Marx unter den heutigen Umständen die Sozialisierung als nicht praktisch bezeichnet hat, denn der Sozialismus muß nach ihm in der Blütezeit der Industrie einsetzen, so seien jetzt eben die Massen von diesem Gedanken bewegt; die besonnenen Gewerkschaften seien mehr auf praktische Wirtschaft eingestellt, aber gerade in den Reihen der Montan- und Eisenindustriearbeiter hätten die radikalsten Elemente den größten Einfluß. Von dem Arbeitswillen und der Arbeitsfreude der Bergarbeiter hänge aber letzten Endes unsere Existenz ab, und da könne man sich nicht auf ein einfaches „Nein“ verlassen. Es müsse daher durch praktische Vorschläge versucht werden, der Anschauung der Bergarbeiter entgegenzukommen. Wie bekannt, stehen in der Sozialisationskommission 2 Vorschläge zur Debatte. Der Vorschlag Nathanael-Rederer sehe die Ueberführung der Kohlenförderung in eine Gemeinwirtschaft vor, was zu einer Isolierung der Kohlenwirtschaft führe. Der andere Vorschlag gehe von dem Großindustriellen Stinnes (einem Mitglied der Volkspartei) aus, und wolle die Kohlenzeugungswirtschaft mit der Kohlenverbrauchswirtschaft verbinden. Der Verbraucher solle also gleichzeitig auch Eigener der Kohle werden. (Gemeint ist hier natürlich in erster Linie die verbrauchende Industrie, was wirtschaftstechnisch ausgedrückt den Uebergang vom heute noch vorhandenen Syndikat zur überall schon in Erscheinung tretenden Luftbildung bedeuten würde. Die Schrift.) Dadurch solle erreicht werden, daß das Kapital zur Kohle und die Kohle zum Kapital komme. Es würden sich also große Konzerne in großen Wirtschaftsprovinzen bilden, die auch den Kommunen und Einzelstaaten in finanzieller Beziehung ein starkes Rückgrat für ihren Haushalt und ihre kulturellen Aufgaben bieten würden. Auch eine Beteiligung der Arbeiter sei vorgeesehen durch Erwerb von Aktienanteilen, wodurch sie langsam selbst zum Miteigner der Werke werden könnten, und dann nicht nur als Arbeitnehmer, sondern auch als Arbeitgeber im Ausschichtsrat das Gedeihen des Werkes verfolgen könnten. Jetzt sei die verbrauchende Industrie nur mit 15 von 100 Stimmen im Kohlenrat vertreten.

Zum Schluß seiner Ausführungen nahm der Referent noch Stellung zu den Parteien und ihrer Haltung zu den großen Fragen der Gegenwart und Zukunft. Der Parteitag der Deutschnationalen, denen sich jetzt auch die württ. Bürgerpartei offiziell angeschlossen habe, hätte beschlossen, in unbedingte Opposition zu gehen und jeden Kompromiß abzulehnen. Eine Politik ohne Kompromisse sei aber unmöglich. Wenn die Deutschnationalen in Opposition gehen, so seien unter Umständen die Regierungsparteien genötigt, mit den Sozialisten zu gehen, und das könne doch nicht das Ziel der Deutschnationalen sein. Die Mehrheitssozialisten hätten sich aus der Regierung selbst ausgeschaltet, und die Deutsche Volkspartei sei die letzte, die ihnen nachlaufe. Grundsätzlich sei sie bereit, mit den Mehrheitssozialisten zu arbeiten, wenn sie sich auf die Grundlage des nationalen Staats stellen. Während die Sozialisten heute im Prinzip die Reichseinheit verteidigen, seien die separatistischen Tendenzen mehr im Merkmalen Lager. Die Demokratie habe sich nach den Wahlen der letzten nationalen gegeben, und es scheine, als hätte sie ihre Schlüsse daraus gezogen. Was die Zukunft bringe, sei nicht von einem Tage zum andern zu übersehen. Wenn uns nur das Reich in irgend einer Form erhalten bleibe, so sei noch nicht alles verloren. Treitschke habe einst gesagt: „Christliche Völker sterben

nicht,“ und so wolle er auch für das deutsche Volk den guten württembergischen Wahlspruch „Sie gut Deutschland alle Wege“ in Anspruch nehmen.

Die von vaterländischem Empfinden getragenen, sachlichen und ruhigen Ausführungen des Referenten fanden entsprechenden Widerhall. Der Vorsitzende dankte dem Redner und schloß mit der Aufforderung, mitzuwirken, daß wir heraus kämen aus dem Elend, der Schande, und der Schmach. Das könne aber nur erreicht werden, wenn von den Parteien der Klassen- und Wirtschaftskämpfe abgesehen werde in das Lager einer nationalen Einheitsfront. Noch stehen die Fundamente und Mauern des Reichs, und wir brauchen es nur wieder auf- und ausbauen.

Aus Stadt und Land. Bürgergesellschaft.

* Der Familienabend der Bürgergesellschaft am Samstag im „Babilischen Hof“ war besonders ausgezeichnet durch die Aufführung des bekannten Schwanks „Großstadtluft“ der ebenso bekannten Schwank- und Lustspielfirma Blumenthal und Kadelburg. Das Stück gibt eine ebenso reizvolle als zum Nachdenken geeignete Gegenüberstellung der „Vorzüge“ des Großstadtlebens und der „Speißbürgerlichen“ Kleinstadtsverhältnisse. Dort Großstadtluft, in der jeder frei atmet und sich bewegen kann, hier das kleine Nest, in dem nach klassischem Zitat mit dem engen Raum auch der Sinn verengert, und — um uns mit dem Inhalt des Stücks zu beschäftigen — vielfach auch verfälscht wird. Die Aufführung war — nicht nur mit dem milden Urteil des Vereinsmitglieds gesehen — wirklich voll Schwung und Leben, sodaß ein in allen Teilen gelingendes Gesamtbild herauskam, das den Zuschauer wahre Freude machte. Die Hauptrollen waren in guten Händen. Frau Spießhofer gab anmutig, vornehm und im gegebenen Augenblick temperamentvoll den feilsch komplizierten Charakter der immer betrogenen und immer verzeihenden Frau des Lebmännchens und doch gutartigen Rechtsanwalts Lenz, der durch Herrn Schlaich recht gut vertreten wurde. Neufertig gewandt und sicher spielte Herr Lummpp die eigentliche Hauptrolle des Ingenieurs Flemming, der als Berliner sich die Liebe eines kleinen, stillen Provinzplänschens erworben hat, das ihm aber ein umso wärmeres Herz entgegenbringt, und der nun gegen den stidigen Kleinstadtsgeist zu Felde zieht, und ihn dank seines jugendlichen Kampfes nach hartem Strauß mit dem Schwiegerpapa, alten Klatschbasen usw. endlich besiegt. Die Figur seiner Partnerin Sabine wurde von Frä. Hehl mit guter Auffassung und in Bewegung und Ausdruck sehr vorteilhaft gegeben. Auch die zweite Hauptrolle des Fabrikanten und eingefleischten Provinzlers Schröder wurde scharf umrissen und gut pointiert von Herrn Spießhofer durchgeführt. Sehr gebiegene Leistungen boten Herr Häußler mit der Darstellung des Herrn Gemppe, der überall und immer zu spät kommt, Herr Baur als Dr. Crustus, den die Kleinstadt im Zusammenwirken mit seiner „besseren“ Ehehälfte müde gemacht hat, und nicht zuletzt Frau Charrier und Frä. Wiest als typische Klatschbasen, deren Masken und Aufstreifen von einer geradezu gefährlichen Glaubwürdigkeit waren. Die bühnentechnische und künstlerische Leitung lag in den bewährten Händen des Herrn Kleinbub, durch die namentlich auch die Szenenbilder und die Ausstattung Geschmeid und lebendige Farben erhielten. In den Zwischenpausen erfreuten Herr Weißer (Violine) und Frä. Dingler (Klavier) die Zuhörer mit dem empfindungsvollen Vortrag einiger feingewählter Musikstücke. Die Darbietungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Den Dank der zahlreich erschienenen Vereinsmitglieder brachte der Vorstand, Verwaltungsaktuar Staudenmeyer, zum Ausdruck. Eine Tanzunterhaltung bildete den Abschluß der wohlgelungenen Veranstaltung. Es ist verständlich, daß von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert wurde, das Stück einem größeren Kreise zugänglich zu machen; wie wir hören, soll daher eine Wiederholung der Aufführung im Laufe der Woche stattfinden, deren Reinertrag zu wohltätigen Zwecken verwendet werden soll.

Althengstett, 9. Nov. Bei der infolge freiwilligen Rücktritts am letzten Sonntag stattgefundenen Vorsteherwahl hat der seitherige Schultheiß Braun von 375 gültig abgegebenen Stimmen 372 erhalten.

Wetter am Mittwoch und Donnerstag.

Wir haben zwar immer noch Hochdruck, aber vereinzelt Störungen werden am Mittwoch und Donnerstag meist trübes und mit vereinzelt Niederschlägen verbundenes Wetter verursachen.

Vertretertag der Bürgerpartei.

(S. B.) Stuttgart, 7. Nov. Gestern vormittag begannen die Verhandlungen des Vertretertages der württ. Bürgerpartei im großen Saal des Stadtgartens. Der Landesvorsitzende Dr. Weißwänger begrüßte die städtische Versammlung aus dem ganzen Lande, insbesondere auch die aus Bayern, Baden, Hessen und Vorarlberg herbeigekommenen Gäste, ebenso den Grafen Westarp, als Vertreter der Deutsch-nationalen Volkspartei. Die Verhandlungen begannen mit dem Antrag der Parteileitung auf Anschluß der württ. Bürgerpartei an die Deutschnationale Volkspartei. Referent war der Abg. Schott. Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag gegen nur 3 Stimmen angenommen. Der Anschluß erfolgte unter der Bedingung, daß die Partei in Landesangelegenheiten völlig selbständig bleibt. Die Partei führt künftig den Namen württ. Bürgerpartei (Deutschnationale Volkspartei Württemberg). Graf Westarp dankte für diesen Beschluß und hieß die neue Landesgruppe der Deutschnationalen Volkspartei herzlich willkommen. Ueber das Verhältnis von Bürgerpartei und Bauernbund führte Abgeordneter Bazille folgendes aus, die Fraktionsgemeinschaft werde von den gegnerischen Parteien zu dem Vorwurf benützt, die Bürgerpartei sei mitschuldig an der Teuerung der Lebensmittel. Dem gegenüber stellte er fest, daß

**Städtische
Lebensmittel-Fürsorge.**
Buttermarke 3 kann eingelöst werden.

Während des Winterhalbjahres, der Zeit größten Lichtbedarfs ist die

Einschränkung d. Stromverbrauchs

für Beleuchtung wie für Motorenbetrieb unbedingt notwendig. Jede Art der Lichtreklame (auch Schaufensterbeleuchtung) ist verboten; die Beleuchtung der Läden, Wirtschaften usw. ist auf das unbedingt erforderliche Maß einzuschränken. Fatterschneiden u. ä. sollte möglichst auf die Tageszeit beschränkt werden.

Bei zu hohem Stromverbrauch müßten Aufpreise von 1 Mk. pro KW. berechnet werden.

Calw, den 8. November 1920.

Städt. Elektrizitätswerk: Schlaich.

Wiesen-Verpachtung.

Die Calwer Schützen-Gesellschaft verpachtet am Samstag, den 13. November, 2 Uhr nachmittags die

Schützenwiesen

im Mehrgelände von ca. 6 Morgen auf weitere 5 Jahre. Zusammenkunft im Schützenhaus.

Calwer Schützen-Gesellschaft.

Dr. Autenrieth, Schützenmeister.

Hirsau, den 7. November 1920.

Todes-Anzeige.



Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater

Christian Kübler

Zimmermann und Gemeinderat im Alter von 51 1/2 Jahren nach langem schwerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Kinder.

Beerdigung Mittwoch 1 1/2 Uhr.

Ich werde von jetzt ab wieder meine **Sprechstundenfähigkeit** aufnehmen und zwar für die Wintermonate von 2—4 Uhr nachmittags. Sonntags ausgenommen. Für Auswärtige telefonische Anmeldung Nr. 24 erbeten.

Dr. K. Fahrenkamp,
Spezialarzt für innere Krankheiten,
Bad Teinach.

Habe mich **in Pforzheim als Facharzt für Haut- und Harn-Leiden** niedergelassen.
Dr. med. Otto Laubscher
Zeilenstr. Nr. 711. Telefon 3489.
Sprechstunden von 11—1 und 3—5 Uhr.

Zu beachten!

Winterschuhe für Erwachsene und Kinder treffen ein und sind zu den bekannt billigen Preisen zu haben. Auch können jetzt schon

Konfirmantenstiefel

bestellt werden bei

Karl Stoll, Haggasse.

Kunstoff-Färberei Stuttgart

färbt und reinigt alles schön und gut.

Annahmestelle: W. Entenmann, Lederstr. 91.



Monakam.

Nächsten Sonntag, den 14. November nachmittags 2 Uhr findet die

Einweihung

von unserem neuerstellten

Kriegerdenkmal

statt, wozu Freunde und Gönner dieses Werkes herzlich eingeladen sind.

Gemeinderat
Vorj. Kloß.



Soeben ist eingetroffen:

Weißer Damast

für Deckbett- und Kinderbettbezüge, in einfach und doppeltbreit.

Paul Rächle, vorm. J. Steudle
Calw am Markt.

Sprengstoff zum Stockholzsprengen „Silvit“, Sprengpatronen, Zündschnüre, Sprengpulver, Jagdpulver, Musketpulver, Jagdpatronen, Schrote, Patronenhülsen usw., Pistolenmunition, Revolvermunition, Flobertmunition, Suchsfallen, Marderfallen usw. usw. zu billigsten Tagespreisen
Emil Retter, Weilberstadt.

Citacifa Ein herrlicher Tabak!

Garantiert rein überseeischer Rauch-Tabak 100 Gr.-Paket nur 7 Mk. noch Befriedigt den vorwiegendsten Raucher!

In jedem Geschäft zu verlangen
Vertreter an allen Plätzen gesucht!
A. Lindauer, Stuttgart Dannebergstr. 25

Maismehl beste Qualität empfiehlt billigt
Otto Jung.

Kinderlose Familie sucht 14—16 jähriges Mädchen vom Lande in kleineren landwirtschaftlichen Betrieb. Eintritt nach Uebereinkunft. Wer? sagt die Geschäftsstelle des Bl. u. das Arbeitsamt.

Sägmühle-Gesuch!

Kleine Sägmühle (Wasserkraft) mit einem Gatter, möglichst mit Wohnung zu kaufen gesucht.
Geht Angebote unter S. R. 262 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Hier!

in den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit Überflüssig. Hausgerät zu verkaufen!

Eine Schnapsbrennerei zu kaufen gesucht!

Geht Angebote unter S. R. 260 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Reichsbund Ortsgruppe Calw.

Am Donnerstag, 11. d. M. Abends 7 1/2 Uhr findet im Nebenzimmer d. fr. Brauerei Drefß

Monatsversammlung, sowie Verlosung der Pachgrundstücke statt. Nur Anwesende können berücksichtigt werden. Der Ausschuß

Verloren

auf dem Wege Ruine Wald-eck bis Sälmühle eine

Armbanduhr mit Anhänger an schwarz. Bande. Abzugeben gegen Belohnung in der Geschäftsstelle des Blattes.

Schnauzer verlaufen.

Am Samstag Nachmittag hat sich mein Schnauzer verlaufen.

Mitteilungen erbeten an Audler, zum „Hirsch“, Teinach.

Hanf u. Abweg zum Spinnen u. Weben nimmt entgegen

die Agentur:
Fr. Lamparter,
Calw a. Markt.

Ehe Sie einen Rauchkasten kaufen



verlangen Sie Prospekt von Gebr. Dongus, Deckenpfronn.

Im Zuschneiden u. Anprobieren v. Blusen, Kleidern und Kostümen

f. Selbstanfertigung empfiehlt sich
Wer jagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Einfach möbliertes Zimmer

mit elektrischem Licht sofort zu vermieten.
Wo? jagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Hühneraugen beseitigt radikal „Lacra“ zu haben bei: Huthsteiner & Kistowsky, Ritter-Drogerie.

Billige Fertel!

Infolge direkten Einkaufs und waggonweisen Bezugs kann ich

Prima feuchtschneidende Olivenburger und Hoyer Ferkel,

bekanntlich die besten zur Mast, zu konkurrenzlosen Preisen liefern und offeriere freibleibend:

ca. 6—7 Wochen alte à Mark 220.—240.—
ca. 8—10 Wochen alte à Mark 270.—290.—
ca. 10—12 Wochen alte à Mark 295.—325.—
In Käufer von 50—100 Pfd. à Mk. 12.50—13.—per Pfd.
Versand unter Garantie für lebende Ankunft gegen Nachnahme. Amstlerärztliche Untersuchung vor Abendung. Streng reelle Bedienung. Ein Versuch führt zu regelmäßiger Nachbestellung.
J. Mohr jr. Alm a. D.

Wohlthätigkeits-Vorstellung.

Die Bürger-Gesellschaft Calw bringt auf vielseitiges Verlangen am Donnerstag, den 11. d. Mts. im Bad. Hofe zur öffentlichen Aufführung:

Die Großstadtlust

Schwank in 4 Akten von Schönlank-Nadelburg.
Beginn punkt 7 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Preise: I. Platz 4 Mk., II. Platz 3 Mk., III. Platz und Galerie 2 Mk.

Der Saal ist gut geholt. Der Reinertrag ist für die hiesige Kleinkinderschule, deren Kasse an einem chronischen Defizit leidet, bestimmt.

Nummerierte Theaterzettel, die als Eintrittskarten gelten, sind in den hiesigen 3 Buchhandlungen bis Donnerstag abend 6 Uhr und von 7 Uhr an am Saaleingang zu haben. Der Ausschuß.

Schwarze Strümpfe

in allen Größen und verschiedenen Preislagen empfiehlt

Paul Rächle, vorm. J. Steudle
Calw am Markt.

Es ist vollständig falsch,

wenn Sie der Ansicht sind, Anzeigen-Reklame verteuere die Ware, da die Kosten auf die Ware geschlagen werden.

Im Gegenteil

die Anzeigen-Reklame bringt einen schnelleren Vertrieb der Ware mit sich, sodaß der Kaufmann viel rascher sein Geld wieder erhält und deshalb nicht gezwungen ist, einen Zinsverlust auf seine Ware zu schlagen.

Richtig ist vielmehr

daß Geschäfte, die Anzeigen-Reklame machen, nicht allein aus obigem Grunde viel billiger verkaufen können, sondern hauptsächlich deshalb weil sie durch Reklame einen größeren Umsatz haben, dadurch im Großen einkaufen können und somit günstiger.

Für sofort zwei gewandte Hilfsarbeiterinnen gesucht Floreatwerke Hirsau.

Im Auftrag zu verkaufen:

1 Backofen (Webers Patent); 1 weißlackierte eiserne Bettlade, Wasch- und Nachttische, eintürigen Kleiderkasten, 1 Plüsch-Sofa, 1 Oberbett, 1 eichenen Tisch mit Marmorplatte, 1 eichenen Kinderschreibtisch mit Sessel.

Stadtinventar-Kolb.

Hirsau.

2 Betten, gut erhalten, passend für Brautpaar; 1 Divan, Rohhaar; 1 Sofa; 1 Tisch; 1 polierter Tisch und 2 Stühle, Alttertum; 1 gute hornlose Milchziege sofort zu verkaufen. Liebenzellerstr. 148, gegenüber der Wirtschaft Walz.

Neue Fahrpläne für den Oberamtsbezirk

sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 50 Pfg. zu haben.